



Sie befinden sich hier: » Märkische Allgemeine » Landkreise » Prignitz » **Regionale Nachrichten**

23.06.2007

Vergleich nicht akzeptabel

Fragliche Punkte bei Gegenüberstellung der Müllgebühren

MICHAEL BEESKOW

PERLEBERG Dass die Prignitz die höchsten Müllgebühren im Land Brandenburg haben soll, wurde im Kreisausschuss am Donnerstagabend zurück gewiesen. Nach einer Rangliste der Berlin-Brandenburgischen Wohnungsunternehmen (BBU) zahlen die Prignitzer 270 Prozent der in Märkisch-Oderland üblichen Gebühr.

Dietrich Gappa, Vorsitzender des Müllausschusses, stellte in der Ausschusssitzung beide Landkreise in einem Vergleich gegenüber. Sie kommen etwa auf die gleiche Fläche, aber schon bei der Bevölkerungszahl seien sie nicht vergleichbar. In der Prignitz wohnen derzeit rund 87 000 Einwohner, in Märkisch-Oderland lebten hingegen 192 000 Menschen, wobei die Tendenz steigend sei. Eine Gegenüberstellung sei auch aus einem anderen Grund nicht ohne weiteres möglich. In der Prignitz erfolgt die Abrechnung nach Volumen, meist seien es 120 Liter Tonnen. In Märkisch-Oderland werden die Tonnen gewogen; die Abrechnung erfolgt nach Kilogramm. Sachbereichsbereichsleiter Abfallentsorgung, Andreas Much, stellte verschiedene Rechenmodelle vor. Danach kommen Ein- und Zwei-Personen-Haushalte im Oderkreis tatsächlich günstiger weg; Drei- und Vier-Personen-Haushalte müssten aber mehr bezahlen. Generell liege dem Vergleich eine nicht zu erklärende Annahme zu Grunde. Nämlich, dass die Prignitzer 2,8 mal mehr Müll produzieren als die Oderländer. Hier zeige sich, dass in der Berechnung der BBU etwas nicht stimmen könne. Der Landkreis will in dieser Angelegenheit nun beim Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen vorstellig werden. Landrat Hans Lange sprach davon, dass dem Preisvergleich stark fragliche Punkte zu Grunde liegen.

Der Kreisausschuss stimmte einer Erhöhung der Müllgebühr in der Prignitz um neun Prozent für die Jahre 2008 und 2009 zu (MAZ berichtet bereits). Wegen der hohen Kosten für die Sanierung der Wittenberger Mülldeponie sollte die Anhebung ursprünglich 12,59 Prozent betragen. Nun muss der Kreistag am 5. Juli endgültig entscheiden.